

Diskussionsbeitrag mit der Bitte um Stellungnahmen

Von der neoliberalen zur solidarischen Ökonomie

Arbeitsertag statt Kapitalertag!

Wolfgang Fabricius (W.Fabricius@ISP-eG.de)

Stand: 20.03.2006



Anjo Haase, Hannover [Haase 2004]

Aktionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten. ... Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre!

Jensen und Meckling (Urheber der Shareholder-Value-Theorie)

Dürfen die Kapitalerträge schneller wachsen als das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Arbeitserträge? Dürfen sie überhaupt wachsen? Darf sich Eigentum ohne eigene Arbeit vermehren?

Inhaltsübersicht:

- 1. Wo bleibt unser Geld**
- 2. Die kommenden 12 Jahre**
- 3. Wirtschaftswachstum**
- 4. Das Wachstum der Kapitalerträge**
- 5. Die Armut- und Reichtumsberichte der Bundesregierung**
- 6. Die Umverteilungsinstrumentarien unseres „Sozialstaates“**
- 7. Verfassungsbruch**
- 8. Rettungsmaßnahmen seitens des Staates und der Kapitaleigner**
 - 8.1. Krieg
 - 8.2. Osterweiterung der Europäischen Union, Russland und China
 - 8.3. Steigerung des Wirtschaftswachstums
 - 8.4. „Vollbeschäftigung“
 - 8.5. Verlängerung der Arbeitszeit
 - 8.6. Senkung der „Lohnnebenkosten“
 - 8.7. Erhöhung der Mehrwertsteuer
 - 8.8. Senkung der Kapitalerträge
 - 8.9. Kapitalerträge auch für Erwerbstätige
- 9. Rettungsmaßnahmen seitens der Verbraucher**
 - 9.1. Verfassungsklage
 - 9.2. Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb
 - 9.3. Grundeinkommen für alle
 - 9.4. „Regiogeld“ oder globale Währung?
 - 9.5. Aneignung
 - 9.6. Solidarische Ökonomie bzw. wirtschaftliche Selbsthilfe**
- 10. Von der Profitmaximierung zur Profitminimierung**
 - 10.1. Die tagtägliche Enteignung
 - 10.2. Ökonomische Spaltung des Bürgers
 - 10.3. Der solidarische Produzent
 - 10.4. Der solidarische Konsumenten
 - 10.5. Zusammenwirken von Produzent und Konsumenten
 - 10.6. Aktuelle Situation der Genossenschaften
- 11. Schlussbemerkung**
- 12. Zitierte und weiterführende Literatur**

Von der neoliberalen zur solidarischen Ökonomie

Arbeitsvertrag statt Kapitalertrag!

Wolfgang Fabricius (W.Fabricius@ISP-eG.de)

Stand: 20.03.2006

0. Vorbemerkung

Adam Smith, Urvater der Liberalen und Neoliberalen, und sein Gegenpart, Karl Marx, sind sich zumindest in diesem Punkt einig: Aller Ertrag stammt aus der Arbeit, die alleinige Quelle aller wirtschaftlichen Werte ist. Kapital entsteht also aus Arbeitsvertrag.

Ich bin also alleiniger Eigentümer meiner Arbeitskraft und trage für ihren Einsatz auch die alleinige Verantwortung. Die Gemeinschaft, in der ich lebe, muss sich allerdings physisch, intellektuell und kulturell reproduzieren können und benötigt zu ihrer zivilisatorischen Entfaltung die Arbeitsteilung.

Die Reproduktion erfordert einen Arbeitsaufwand, den ich in Form einer Umlage mittragen muss. Die Arbeitsteilung erfordert eine zunehmend komplexe Infrastruktur, an deren Finanzierung ich mich ebenfalls beteiligen muss. Im Stillen habe ich also mit der Gesellschaft einen ungeschriebenen Vertrag des gleichwertigen Gebens und Nehmens abgeschlossen.

Nicht eingeschlossen in diesen Vertrag ist allerdings eine Bereicherung der Reichen, die auf meine Kosten die Vermehrung ihres Eigentums ohne jegliche eigene Arbeit betreiben, insbesondere wenn dies exponentiell akkumulierend im fünffachen Umfang des Wirtschaftswachstums erfolgt: Denn Eigentum darf sich nur durch eigene Arbeit mehren.

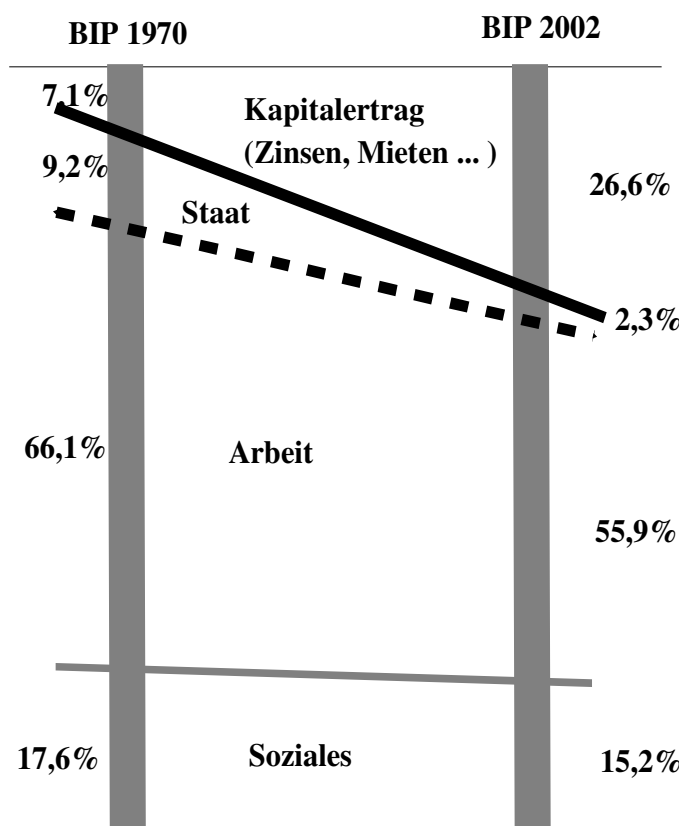
Wenn unser Staat und unsere Repräsentanten, die Abgeordneten, es unterstützen, dass sich die Besitzenden die Arbeitskraft der Besitzlosen gewinnbringend einverleiben, müssen wir die Struktur unserer Gesellschaft nachhaltig umgestalten. Hierzu müssen basisdemokratische Bürgerbegehren und solidarische verbraucherbestimmte Produktionsstätten auf einem nicht profitorientierten Markt eingerichtet bzw. ausgebaut werden.

1. Wo bleibt unser Geld?

Dr. med. Petschow, ein niedergelassener Arzt in Langenhagen bei Hannover, wunderte sich, dass er und seine Mitarbeiterinnen für ihre gemeinsame Arbeit von Jahr zu Jahr weniger und weniger bekamen, obwohl die Arbeit die gleiche blieb. Talkshows und Politikermeinungen stimmten mit seiner Realität nicht überein und so holte er sich die entsprechenden Informationen des Statistischen Bundesamtes, der Bundesbank etc. über das Internet zusammen und erstellte eine Einnahmenüberschussrechnung für Deutschland, die er mit diversen Wissenschaftlern und Bankfachleuten abstimmte.

Nach dieser Berechnung sind die Kapitalerträge in Deutschland von 1970 bis 2002 von 7,1% auf 26,6% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gestiegen. Löhne und Gehälter mussten deshalb entsprechend von 66,1% auf 55,9% des BIP sinken. Die Nettosozialquote ist um mehr als 2% von 17,6% auf 15,2% des BIP gesunken, obwohl von ihr doppelt so viele Menschen leben müssen. Der Staat verfügte 1970 noch über 9,2% des BIP, 2002 aber nur noch über 2,3%. Er verabschiedet sich sozusagen mehr oder weniger unauffällig von uns (Abb. 1). Nominal betragen die Kapitalerträge im Jahr 1970 „nur“ 25 Mrd. Euro 2002 bereits unvorstellbare 560 Mrd. Euro.

Abb. 1: Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



[Nach: Petschow 2005]

Mit der von 1970 bis 2002 von 66,1 auf 55,9% gesunkenen Nettolohnquote bzw. der von 17,6 auf 15,2% gesunkenen Nettosozialquote mussten sich die von 26,7 auf 38,7 Mio. angewachsenen Erwerbstätigen und die von 149.000 auf jetzt 5 Mio. angewachsenen Arbeitslosen abfinden.

2. Die kommenden 12 Jahre

Petschows Analyse der letzten 30 Jahre warf die Frage auf, wie sich die Kapitalerträge in den nächsten 30 Jahren entwickeln würden.

Überraschenderweise findet die Sache jedoch bereits in zwölf Jahren ihr Ende: Wenn wir annehmen, dass das Wirtschaftswachstum - wie in den letzten 10 Jahren - im Mittel weiterhin 1,2% beträgt und die Kapitalerträge mit 10% weiterwachsen, landet bereits in 12 Jahren (im Jahr 2017) das gesamte Bruttoinlands-

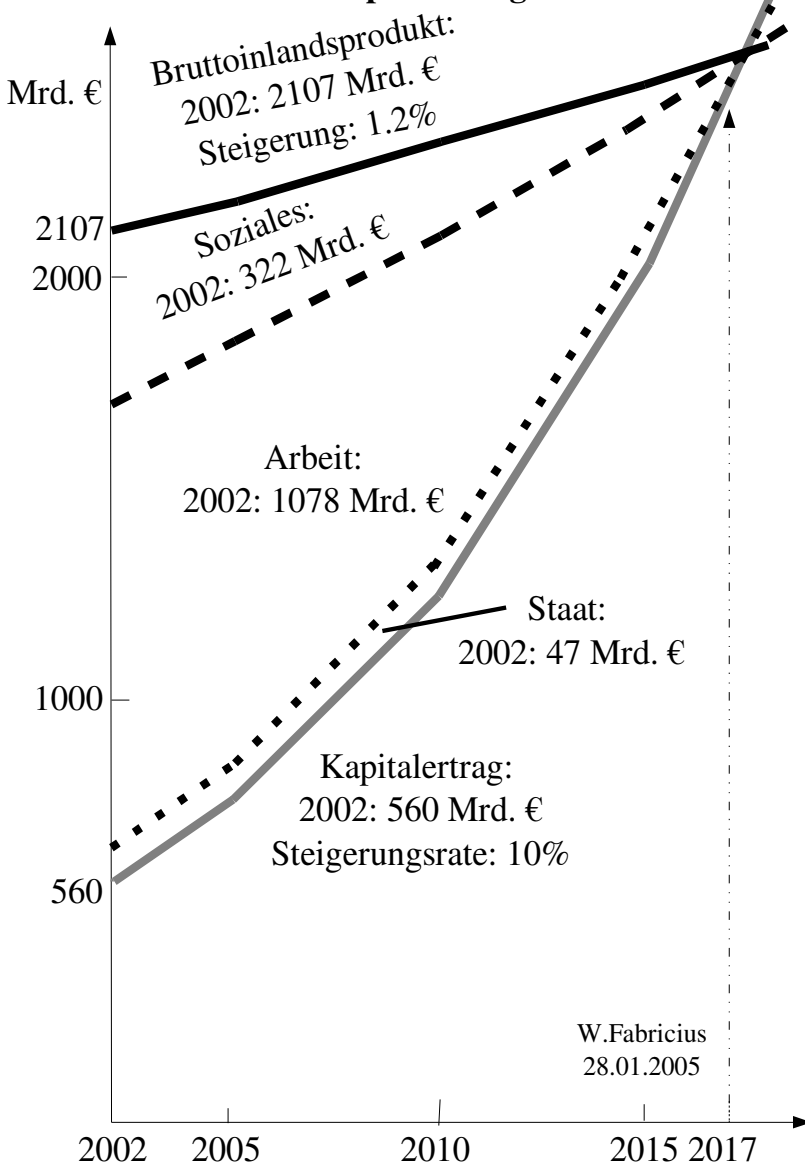
produkt bei den Kapitaleignern. Das heißt: Löhne, Gehälter, Renten, Pensionen und Sozialleistungen kann es nicht mehr geben (Abb. 2).

Es ist der hypothetische Zustand erreicht, bei dem es nur noch Kapitalerträge, aber keine Arbeitserträge mehr gibt. Alle Bürger des Landes befänden sich in der Leibeigenschaft der Kapitaleigner und müssten bei diesen um Wohnraum und Alimentierung betteln.

Mit Hartz IV erleben wir bereits eine Ausprägung dieses Zustands: Die Bürger haben nach Sozialgesetzbuch II kein Recht mehr auf eine menschenwürdige Wohnung sondern nur noch ein „Recht auf Unterkunft“ und werden über ein schrumpfendes

Wohngeld in die Gesinderäume (bestenfalls „in die Platte“) verwiesen und notdürftig alimentiert (345 bzw. 331 Euro pro Monat), Arbeit wird nicht mehr bezahlt, nur eine Mehraufwandsentschädigung wird noch gewährt. Mit den elektronischen Fußfesseln des Hessischen Justizministers und der schleswig-holsteinischen CDU ist die modernste Form der Leibeigenschaft in perfekter Weise komplett. Der Traum der Neoliberalen, die richtiger wohl die Neofeudalen genannt werden, hätte sich nach 48 Jahren Mont-Pelerin-Society endlich erfüllt.

Abb. 2: Kapitalertrag und BIP



Nun regt sich Deutschland auf, dass Hartz IV 25 Mrd. kostet, das sind gerade mal etwa 1,2% des BIP. Der Kapitalertrag dagegen ist in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich um etwa 10% pro Jahr gewachsen und beträgt jetzt etwa das 30-fache dessen, was man den Hartz IV-Empfängern zubilligt. In diesem Jahr dürfte der Kapitalertrag etwa 750-800 Mrd. Euro betragen, das sind rund 35% des BIP. Die Empfänger dieses Kapitalertrages haben auch keine Arbeit, außer dass sie ihr überschüssiges Geld den Fonds zuleiten, die dann bis 50% Rendite pro Jahr „erwirtschaften“.

Wenn das Wirtschaftswachstum, wie im Mittel der letzten 10 Jahre, jährlich nur um 1,2%, das sind etwa 25 Mrd. beträgt, der Kapitalertrag aber 10%, das sind in diesem Jahr etwa 75 Mrd. Euro, dann muss die Differenz

von 50 Mrd. dem Bereich Löhne ,Gehälter, Renten, Pensionen, Sozialleistungen etc. entnommen werden.

Wachstum des BIP und des Kapitalertrages wird jedoch bald ein Ende haben. Der ökonomische Kollaps wird weit vor 2017 eintreten, weil über die Reduzierung der Löhne, Renten, Sozialleistungen etc. die Kaufkraft derartig schrumpfen, dass in den nächsten Jahren negative Werte zu erwarten sind wird. Ohne die Exportüberschüsse, die ohnehin den Verdacht einer Überproduktionskrise aufkommen lassen, hätten wir

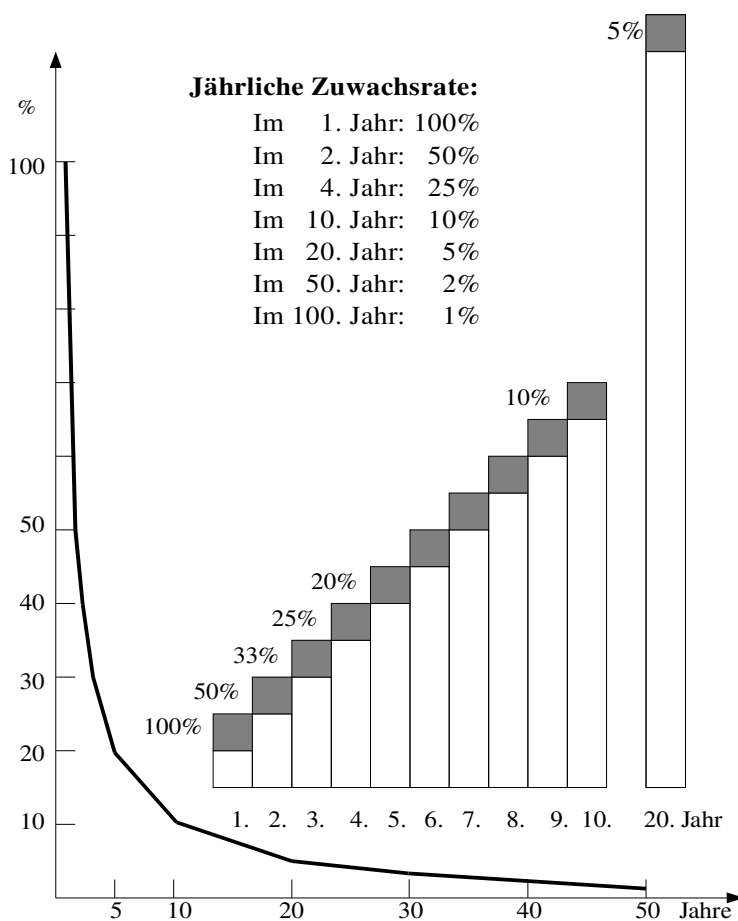
bereits jetzt ein schrumpfendes BIP.

3. Wirtschaftswachstum

Bei annähernd linearem Wirtschaftswachstum wie in Deutschland (im Mittel etwa 40 Mrd. Euro/Jahr) wächst das BIP im ersten Jahr zwar um 100%, im 2. Jahr jedoch nur noch um 50%, im 10. Jahr um 10%, aber nach 50 Jahren, wenn das BIP zwar 50 mal so groß ist wie im ersten Jahr, ist die jährliche Zuwachsrate gegenüber dem 1. Jahr von 100% auf 2% geschrumpft (Abb. 3).

Selbst wenn also jährlich die gleiche Menge an Produkten und Dienstleistungen zusätzlich erzeugt werden, nimmt ihr relativer Anteil gegenüber dem bereits Vorhandenen ständig ab.

Abb. 3: Lineares Wirtschaftswachstum



Um den Bürger zu veranlassen, dieses Wirtschaftswachstum von im Mittel jeweils zusätzlichen 40 Mrd. Euro pro Jahr einerseits zu produzieren und andererseits zu konsumieren, war es erforderlich, über die Bedarfsdeckung hinaus eine Bedarfsweckung, eine Ex-und-Hopp-Produktion, eine Externalisierung der Kosten, eine gezielte Verschuldung der Bürger über Ratenkauf, Exportüberschüsse etc. zu generieren.

Unabhängig davon stieg und steigt zudem noch die Arbeitsproduktivität durch Rationalisierung, Automatisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität, die massiven Arbeitsplatzabbau und Lohnausfall bewirkt.

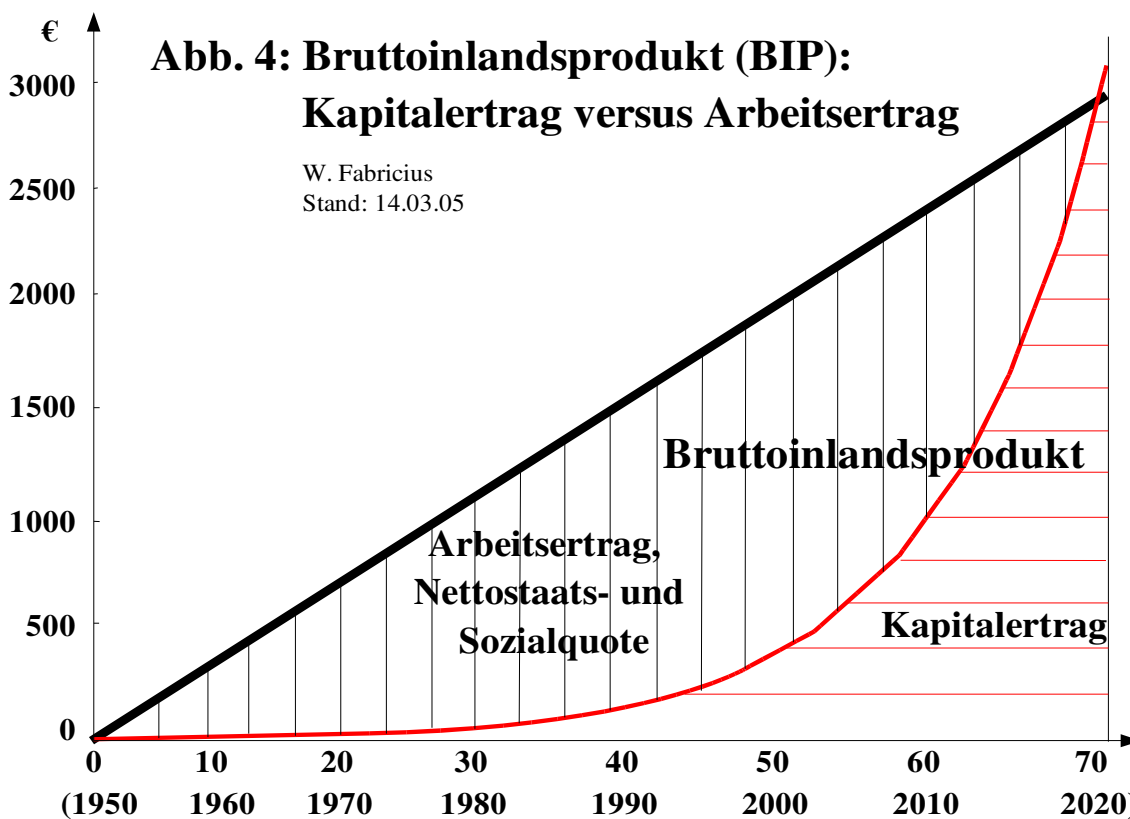
Real ist das BIP von 1950 bis 2004 von 49 Mrd. Euro auf 2.215 Mrd. Euro gestiegen, das ist pro Einwohner eine Steigerung von 1.059 Euro im Jahr 1950 auf 26.754 Euro - also auf etwa das 25-fache im Jahr 2002.

4. Das Wachstum der Kapitalerträge

Kapitalerträge werden im wesentlichen durch Zinsen, Mieten, Pachten, Profite, Subventionen, Dividende, Kursgewinne, Währungs-, Rohstoff- und Nahrungsmittel-spekulationen (wie z.B. Getreide, Kaffee), Hebelgeschäfte etc. realisiert und immer

häufiger über unterschiedlichste global operierende Fonds und Hedge-Fonds gemanagt. Petschow stellte fest, dass sich die Kapitalerträge von 25 Mrd. Euro im Jahr 1970 auf 560 Mrd. Euro im Jahr 2002 erhöht haben. Das ist ein im Mittel jährlich um 10,2% wachsender Kapitalertrag. Auf dieser Grundlage wurde - formalisiert mathematisch - Abbildung 4 erstellt, die interpoliert auch die 20 Jahre vor und die 20 Jahre nach Petschows Auswertung modellhaft aufzeigen soll. Bei dieser Darstellung wurden der Einfachheit halber Staats- und Sozialquote dem Arbeitsertrag zugeschlagen.

Bereits nach 10 Jahren (1960) ist das lineare Wirtschaftswachstum auf den Zuwachs der Kapitalerträge abgesunken (10,2%), nach 25 Jahren (1975) haben die Kapitalerträge den absoluten jährlichen Zuwachs des BIP eingeholt (40 Mrd. Euro) und schließlich nach 48 Jahren (1998) wachsen die Kapitalerträge schneller als das BIP (40 Mrd. Euro pro Jahr). Von hier ab werden die Arbeitserträge von den Kapitalerträgen atemberaubend schnell aufgefressen. Das Endstadium ist etwa 2020 erreicht. Selbst die Veräußerung von öffentlichem Eigentum, das ja auch Arbeitsertrag repräsentiert, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Kuh, die das Kapital melken will, wird von ihm mit Hilfe der Politiker und des Staates geschlachtet. Auch diese Entwicklung ist nicht auf Deutschland beschränkt, sondern findet weltweit statt.



Es zeigt sich also, dass in den ersten 40 Jahren das lineare Wachstum dem exponentiellen überlegen ist und somit Arbeitserträge und Staatsquote zunächst fast beliebig wachsen können. In den „goldenen siebziger Jahren“ wurde deshalb selbst in linken Aktivistenkreisen nur noch von Freizeit und Urlaub geschwärmt. In den achtziger Jahren aber begann die Lohnquote dauerhaft zu sinken. In dieser Zeit holt das exponentielle Wachstum das lineare ein und überholt es schließlich. Die Kapitalerträge

wachsen immer schneller auf Kosten der Arbeitserträge und der Staatsquote. In dieser Situation befinden wir uns zur Zeit. Das Wirtschaftswachstum schwächelt bereits: Es ist von den zu erwartenden 2,25% im Mittel der letzten 10 Jahre auf 1,2% abgesunken. Ohne die Exportüberschüsse wären bereits negative Werte zu verzeichnen. Die Dramatik dieser Entwicklung fiel offensichtlich kaum jemand auf, da es in Deutschland in den letzten Jahrhunderten eine derartig lange Phase ohne Krieg nicht gegeben hat und sich solch hohe Privatvermögen nicht bilden konnten, denn jeder Krieg führt ja stets zu einem ökonomischen Neuanfang. Träumen wir ahnungslos einem ökonomischen Tsunami entgegen und keiner weiß die Zeichen richtig zu deuten?

Das BIP spiegelt die Leistung aller Erwerbstätigen wieder. Es ist daraus deshalb abzulesen, welcher Anteil der erbrachten Leistung jedem Einzelnen noch entgolten wird und wieviel seiner eigenen Leistung den Kapitaleignern in sich jährlich steigendem Maße zufließt.

Ein Sozialstaat kann grundsätzlich keine Kapitalerträge zulassen, die über dem Wirtschaftswachstum liegen, weil diese nur auf Kosten der Arbeitserträge realisierbar sind. Brandt und Schmidt haben prinzipiell richtig gehandelt, als sie die Kapitalerträge von 12,6% im Jahr 1972 auf 6,1% im Jahr 1982 abgesenkt haben (mussten sie deshalb gehen?). Die Kapitalerträge aber bis auf das Wirtschaftswachstum abzusenken und parallel dazu weiterlaufen zu lassen ist auch ihnen nicht vollständig gelungen.

Wie wir wissen, ist aber selbst ein linear wachsendes Wirtschaftswachstum in globalem Maßstab ökologisch nicht vertretbar. Das deutsche BIP von jährlich über 2 Billionen Euro sollte genügen, die Bedarfsdeckung der Bürger unseres Landes zu gewährleisten. Dies setzt allerdings auch konstante Arbeitserträge und Kapitalerträge voraus. Allerdings müsste die Verteilung des BIP den 70er oder 80er Jahre entsprechen. Die Kapitalerträge würden bei 10%, die Staatsquote bei 7%, die Arbeitserträge bei 66% und die Sozialquote bei 17% liegen. Innovation würde die Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ermöglichen. Die private Rendite würde bei einem zugrundeliegenden Privatvermögen von ca. 6 Billionen Euro bei 3% liegen und sich wegen des weiter reduziert stattfindenden Wachstums des Privatvermögens entsprechend reduzieren und asymptotisch null anstreben.

Das Jahr 2017 ist allerdings ein theoretischer Zeitpunkt, denn der ökonomische Kollaps tritt wesentlich früher ein, weil der Mehrzahl der Bürger nur ein kleiner Teil der Arbeitserträge für variable Kosten zur Verfügung steht. Der größere Teil aber wird von „Fest“kosten wie Mieten (Deutschland ist Schlusslicht bezüglich Wohneigentum in Europa!), Wasser, Müll, Energie, Mobilität, Versicherungen, Zinsbelastungen etc. geschluckt, die allerdings auch ständig unerbittlich steigen. Die unteren 30 bzw. 70% der Bürger Deutschlands werden sich, obwohl sie besser situiert sind als der Schnitt all jener, die unsere Exportüberschüsse erwerben sollen, mit der Zeit auch keine wesentlich über die Festkosten hinausreichenden Ausgaben mehr leisten können. Das

Wirtschaftswachstum wird entsprechend negative Werte aufweisen.

Jürgen Borchert, Richter am hessischen Landessozialgericht und bekannter Sozialrechtsexperte u.a. auch bekannt durch das „Trümmerfrauenurteil“ und das „Pfle gesatzurteil“, das er vor dem Bundesverfassungsgericht erstritt, hat in Anlehnung an eine Vorversion des vorliegenden Textes insbesondere den Begriff „Leibeigenschaft“ in seiner Festrede anlässlich der 5-Jahresfeier von Attac auf dem Ratschlag in Mannheim die gegenwärtige Entwicklung des Neoliberalismus/Neo-feudalismus folgendermaßen charakterisiert: *„Liberale haben immer für das Recht gekämpft und Privilegien bekämpft. Sie wussten, dass dort, wo Vor-Rechte entstehen, das Recht das Nachsehen hat. Adam Smith, der klassische Verantwortungsethiker, dieser glühende Verfechter eines progressiven Steuertarifs, würde sich im Grabe umdrehen, wenn man ihn als Ahnherrn dieser Bande bezeichnen würde, die - wie die Piraten unter falscher Flagge - nicht Neoliberalismus, sondern das Gegenteil, nämlich Neofeudalismus im Schilde führt und die Menschen der Leibeigenschaft entgegen treiben will.“*

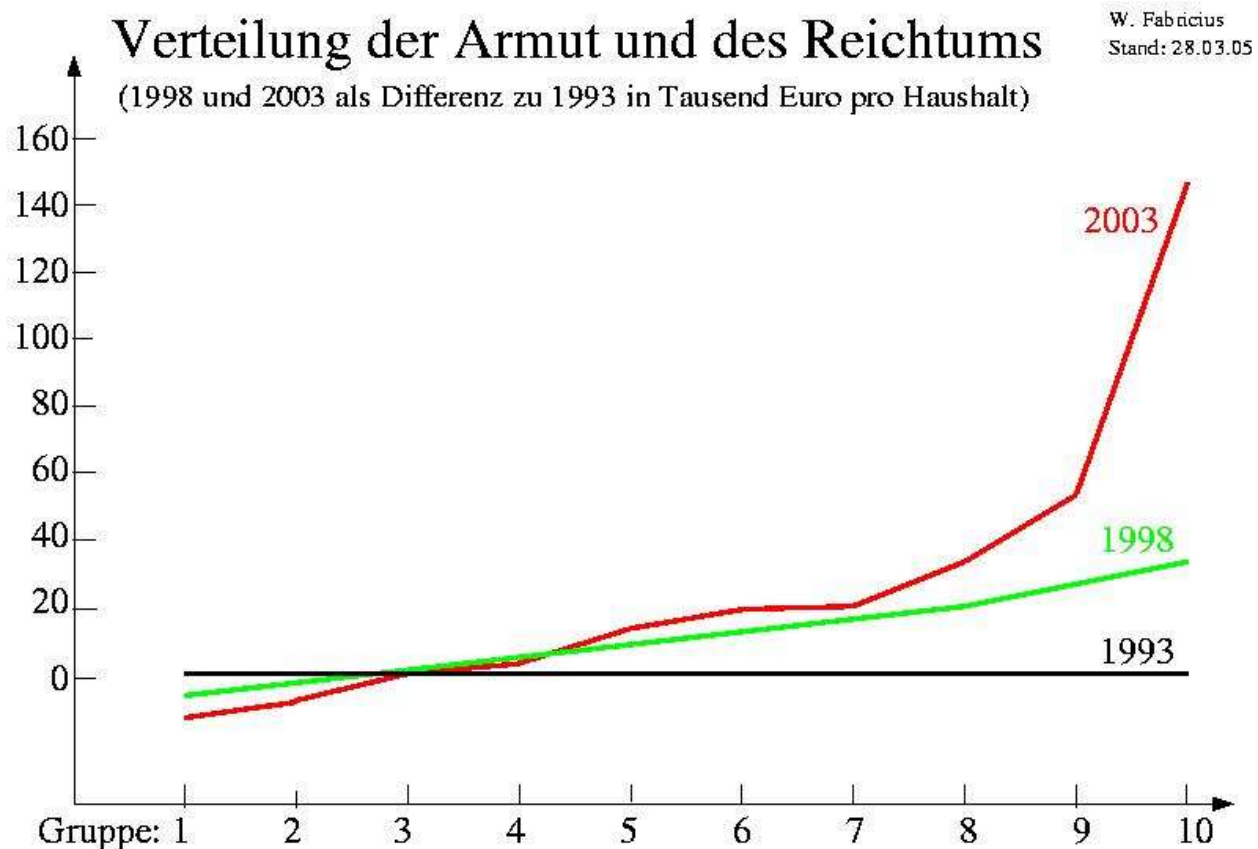
5. Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung

Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung bauen auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes auf, einem Mikrozensus, in den nur die Haushalte unterhalb eines Monatseinkommens von etwa 17.500 Euro einbezogen werden. Damit fehlen etwa 220.000 Haushalte, die ein Jahreseinkommen von über 200.000 Euro hatten, u.U. weil sie die Armutsgrenze merklich anheben würden.

Aber auch danach sieht er für eine Partei, die vorgibt, das soziale Netz zu schützen, noch katastrophal genug aus: Die Verschuldung der untersten 10% der Haushalte hat sich unter Rot/Grün, also in der Zeit von 1998 bis 2003 von 3.900 Euro auf 7.900 Euro pro Haushalt mehr als verdoppelt. Unter Schwarz/Gelb, also von 1993 bis 1998 stieg die Verschuldung der untersten 10% der Haushalte lediglich von 2.100 Euro auf 3.900 Euro pro Haushalt also nicht ganz auf das Doppelte. Wird sich die Verschuldung dieser Haushalte in den laufenden fünf Jahren abermals verdoppelt haben und dann bei 16.000 Euro pro Haushalt stehen?

Bei den reichsten 10% der Haushalte dagegen hat sich das Privatvermögen von 1993 bis 1998 um ca. 30.000 Euro vergrößert und unter Rot/Grün von 1998 bis 2003 um 120.000 Euro, also um den vierfachen Betrag vermehrt: ein verdienstvoller Rot-Grün-Effekt: 70% der Bundesbürger erwirtschaften ihren 30% reichsten Mitbürgern die Kapitalerträge! Und so leben in Deutschland bekanntlich bereits Familien, die sich nach Abzug der Festkosten von weniger als einem Euro pro Kopf und Tag ernähren müssen. Ist das noch Jammern auf hohem Niveau oder doch schon Dritte-Welt-Elend? Die Regierung und die Medien sprechen allerdings immer noch in arroganter Verblendung kühl von Angstsparen!

Als Fazit aus diesem Bericht ist festzuhalten: die untersten 30% Haushalte hatten Verluste, die obersten 30% Gewinne und die dazwischenliegenden 40% keinen Zuwachs ihres Privatvermögens. Die obersten 30% der Bürger besitzen die „leistungslosen Kassen ohne Bedarf“, sie arbeiten nichts und sie kaufen nichts, weil sie schon alles haben, allenfalls gelegentlich einen Porsche als Drittwagen. Die untersten 30% können sich nur noch mit Mühe ernähren und müssen sich mehr oder weniger auf den Kauf von Lebensmitteln beschränken. Die dazwischenliegenden 40% hatten unter Berücksichtigung der Inflationsrate ebenfalls Vermögensverluste. Auf sie ist wohl aber hauptsächlich die Schelte mit dem Angstsparen gemünzt. Die Sparquote von konstant über 10% bezieht sich ausschließlich auf die obersten 30% der Haushalte.



Die lineare Verteilung des Einkommenswachstums unter Schwarz-Gelb ist zu einer exponentiellen Funktion unter Rot-Grün mutiert.

6. Die Umverteilungsinstrumentarien unseres „Sozialstaates“

Wohnung, Arbeitsplatz und Reproduktion sind keine selbstverständlichen Errungenschaften eines Sozialstaates mehr, sondern müssen im System der neoliberalen Profitmaximierung täglich aufs Neue erkämpft werden. Der jetzt über 150 Jahre währende Arbeitskampf ist dabei nicht ausreichend erfolgreich gewesen, denn er konnte die Minijobs, die Ich-AG, Hartz IV und den MAE-Job vielleicht hinausschieben aber nicht verhindern. Zusätzliche Maßnahmen sind erforderlich, um die Vorrangigkeit des Arbeitsertrags gegen die alles überwuchernden Kapitalerträge durchzusetzen.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage: Soll sich Eigentum ohne eigene Arbeit vermehren können? Wenn dies Konsens wäre, müssten Kapitalerträge verboten werden. Zur Zeit läuft in unserem „Sozialstaat“ alles in die andere Richtung: Kapitalertrag statt Arbeitsertrag.

Umverteilungsinstrumentarien sind u.a. Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen, Steuern, Sozialversicherungen, Zinsen und Mieten.

Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen entsprechen deutlich erkennbar dem Status und der Ausbildung des Lohn- oder Gehaltsempfängers. Die unteren 30% der Lohn- und Gehaltsgruppen sind nicht in der Lage, Rücklagen bzw. Eigentum zu bilden. Selbst bei den mittleren 40% wird dies zunehmend schwieriger. Die „Sparrquote“ betrifft nahezu vollständig nur die obersten 30% der Haushalte, die mehr oder weniger leistungslosen Kassen ohne Bedarf.

Steuern führen ebenfalls zu Umverteilungen von den wirtschaftlich Schwächeren zu den wirtschaftlich Stärkeren. Speziell Pauschalsteuern wie Öko- oder Mehrwertsteuer treffen die Ärmern stärker als die Reichen. Steuervergünstigungen sind bei denen wirkungslos, die unter der Freigrenze liegen, also den ärmsten der Armen.

Die Lohnsteuerbelastung stieg von 1960 bis 2003 im Mittel von 6,3% auf 18,8% die Belastung auf Gewinn- und Vermögenseinkommen sank dagegen von 20% auf 5,7%. Somit entwickelte sich die Steuerlastverteilung in Deutschland bezüglich der Lohnsteuer von 11,8% 1960 auf 32,8% 2002, während die Einkommensteuer im gleichen Zeitraum von 31,1% 1960 auf 1,7% 2002 fiel. Zusätzlich verschärft sich diese Situation durch die indirekten Steuern (Mehrwert-, Umsatz-, Mineralöl-, Tabak-, Branntwein-, Kaffee-, Stromsteuer). Mit der Lohnsteuer zusammen hatten die abhängig Erwerbstätigen 1960 nur 37,5%, aber im Jahr 2002 bereits 79,2% der Staatsfinanzen zu tragen, während die Beteiligung der Gewinn- und Vermögenseinkommen an den Staatsfinanzen in diesem Zeitraum von 34,7% auf 12,2% sank [Schäfer 2004].

Sozialversicherungen: Der Sozialstaat wurde falsch konstruiert. Die Sozialversicherung-Gen wurden – entgegen den Vorstellungen von Wilfried Schreiber, dem Urheber des Umlageverfahrens, das eigentlich den deutschen Sozialstaat prägen sollte und Apotheker, Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, also alle Erwerbstätigen, also auch Freiberufler und Selbstständige aller Art einbeziehen sollte - mit Versicherungspflichtgrenzen und Beitragsbemessungsgrenzen versehen, die Einkommensschwache eindeutig benachteiligen. Zudem sollten nach Schreiber auch Kinder zwingend Teil des Drei-Generationen-Vertrags sein, das heißt, neben der Rentenkasse war auch eine Kinderkasse vorgesehen, doch Adenauer strich als 80-jähriger die Kinderkasse mit der flapsigen Bemerkung: „Kinder kriegen die Leute immer“ (Spiegel 12/2004).

Jetzt gibt es sogar Zuzahlungen, die die Einkommensschwachen zusätzlich stärker treffen. Kopfpauschalen würden diese Situation noch weiter verschärfen [Borchert 2005].

Die Spitzenbelastung der Beiträge zu den Sozialversicherungen beträgt etwa 35,4% des Arbeitnehmerentgelts. Insgesamt wurde die Beitragsbelastung der Bruttolöhne im Mittel von 9,4% 1960 auf 16,3% 2003 angehoben, während die Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen nur von 3,0% 1960 auf 3,3% 2003 stieg [Schäfer 2004].

Zinsen: Im Mittel werden über alle Produkte und Dienstleistungen in Deutschland, bezogen auf das insgesamt ausgegebene Geld, mit steigender Tendenz bereits 40% Zinsen bezahlt [Creutz 2001].

Mieten: Kaum jemand macht sich bewusst, dass sich Mieten zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, denn nur 20-30% sind Betriebs-, Instandhaltungs- und Renovierungskosten. Mit diesen Zinsen wandern jährlich schätzungsweise 200 Mrd. Euro aus den Taschen der Besitzlosen in die Taschen der Hausbesitzer, von wo sie ungehindert in die global operierenden Fonds der Finanzmärkte fließen.

Die Eigenheimzulage, die - beschränkt auf den Erwerb von Altbauten - zur Bildung von Wohneigentum, speziell in Genossenschaftsform, hätte beitragen können, wurde in konsequent neoliberaler Manier gestrichen, da sie den globalen Finanzmärkten ja Verfügungsmasse hätte abgraben können. Stattdessen gibt es die Riester-Rente, mit der der Arbeitnehmer über die Profitmaximierung der Finanzmärkte zur Wegrationalisierung seines eigenen Arbeitsplatzes ahnungslos beiträgt.

Grundsätzlich ist der Gehaltsempfänger bereits dadurch benachteiligt, dass er seine **Reproduktionskosten** nicht wie z.B. Unternehmen als Infrastrukturaufwendungen absetzen kann.

7. Verfassungsbruch

Mit der tendenziellen Entwicklung zur Leibeigenschaft ist das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ausgehebelt, denn dort steht:

- Art. 20 Abs.1: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- Art. 20 Abs. 4: Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutsche das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Es ist also höchste Zeit, Abhilfe zu schaffen. Wie könnte eine Abhilfe aussehen? Ist sie ohne Widerstand möglich? Richtungsstreit wird Luxus, wenn es eigentlich schon darum geht, die Plätze in den Rettungsbooten zuzuweisen? Doch haben wir überhaupt Rettungsboote? Welche Rettungsmaßnahmen sind möglich?

8. Rettungsmaßnahmen seitens des Staates und der Kapitaleigner

8.1. Krieg

Wie in solcher Situation bisher seitens der Kapitaleigner verfahren wurde und was auch künftig zu befürchten ist, wurde in der Kundenzeitschrift »Sparkasse« des deutschen Sparkassenverbandes dargelegt: im Dezember 1988 erschien der Nachdruck eines Artikels, der bereits 1891 in der gleichen Zeitschrift veröffentlicht worden war. Dort hieß es: *»Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, dass die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben. ... So spricht denn alles dafür, dass wir noch einem weiteren Sinken des Zinsfußes entgegensehen. Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch die ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.«* [nach Creutz 2001, S. 505/6].

Wir haben zweimal einen solchen Krieg erlebt. Wie weit sind wir von einem weiteren derartigen Krieg entfernt? Oder sind wir schon mittendrin (Afghanistan, Irak)? Oder was meint Hans Olaf Henkel, wenn er von „Aufräumen“ spricht.

Beängstigend in diesem Zusammenhang ist eine ebenfalls in feudale Zustände zurückführende Entwicklung weg vom Krieg zwischen Staaten hin zum Krieg von Privatarmeen gegen Bürger/„Terroristen“, wie z.B. in Kolumbien - angeblich zur Bekämpfung des Drogenhandels - oder gegen Staaten, wie z.B. in Afrika zur Beschaffung von Rohstoffen (s. „Dossier: Söldner und Privatpolizisten“ in Le Monde Diplomatique 11/2004). Zu begrüßen ist deshalb der **einstimmige** Beschluss des französischen Parlaments im April 2003, Bürger mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren und einer Geldbuße von 75.000 Euro zu belegen, die sich als Söldner verdingen lassen. Wer Söldner rekrutiert, riskiert sieben Jahre Gefängnis und 100.000 Euro. Die „Kriegshunde“ verspotten allerdings dieses Gesetz und wollen es zur Belustigung in den Botschaften Afrikas aufhängen. Die gegenteilige Entwicklung, Outsourcing von Verteidigungsaufgaben an private Sicherheitsfirmen, ist in den USA und Großbritannien festzustellen. Sie heuern wie zu feudalen Zeiten „Freelancer“, die sich und ihre Lanze verliehen haben, an.

8.2. Osterweiterung der Europäischen Union, Russland und China

Wie weit Kapitalabflüsse in die europäischen Beitrittsländer oder Russland und China die derzeitige Höhe der Kapitalerträge in Deutschland zu erhalten vermögen, ist kaum abzuschätzen, denn der Handlungsraum ist nicht - wie bei der Wiedervereinigung - das eigene Währungsgebiet und erlaubt deshalb auch keine direkte Einflussnahme.

Spezifisch an solchen Prozessen ist, dass im Erweiterungsgebiet zwar das Kapital keine Konkurrenz hat, den Arbeitskräften des Herkunftslandes aber eine umso größere Konkurrenz entgegensteht.

In jedem Fall ist tendenziell ein Absinken der Arbeitserträge in Deutschland auf ein gemeinsames Zwischenniveau mit diesen Länder kaum zu vermeiden. Dieser Vorgang wurde bereits eingeleitet. Die Kaufkraft in Deutschland sinkt weiter, die Exportüberschüsse steigen.

8.3. Steigerung des Wirtschaftswachstums

Um die Umverteilung von Arbeits- zu Kapitalertrag aufzuheben, müsste das Wirtschaftswachstum auf die jährliche Steigerungsrate der Kapitalerträge von 10% angehoben werden, was völlig unrealistisch ist. Die Überproduktionskrise würde offensichtlich werden, der Weltmarkt eine Sättigung erfahren. Eine den Kapitalerträgen entsprechende Anhebung der Arbeitserträge würde eine weitere zusätzliche Anhebung des Wirtschaftswachstums erfordern.

Ökologische Bedenken werden dabei selbst von den „Grünen“ erstaunlicherweise nicht geäußert.

8.4. „Vollbeschäftigung“

Abgesehen davon, dass der Begriff „Beschäftigung“ in das Instrumentarium der Irrenanstalten gehört, beschreibt Rifkin sehr drastisch die Problematik als unumkehrbar, die bezüglich Arbeitsplatzabbau durch Rationalisierung und Informationstechnik entstanden ist und empfiehlt vielmehr Zeitkonten-Projekte mit Zeitdollars als Parallelwährung wie in den USA [Iwersen 2005].

8.5. Verlängerung der Arbeitszeit

Eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich ist Schwarzarbeit, da dafür weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge abgeführt werden und sie auch nicht als Nachbarschaftshilfe deklariert werden kann. Es ist schlichtweg eine weitere Teileignung des betroffenen Individuums und der Gesellschaft.

8.6. Senkung der „Lohnnebenkosten“

Artikel III-108 (2) des Entwurfs des Vertrages über eine Verfassung für Europa legt fest: *Unter „Entgelt“ im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt.*

Es gibt also keine „Lohnnebenkosten“ sondern nur ein Arbeitsentgelt. Eine Senkung der sogenannten „Lohnnebenkosten“ bedeutet also Senkung des Arbeitsentgelts und Fragen von Lohnsenkungen können nicht außerhalb von Tarifverhandlungen behandelt werden und auch nicht durch z.B. eine Erhöhung der Mehrwertsteuer „gegenfinanziert“ werden. Dies würde den Arbeitnehmer doppelt treffen und kann schon gar nicht als Gegenfinanzierung bezeichnet werden.

8.7. Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer senkt die Kaufkraft weiter und dämpft die Konjunktur bzw. verschärft die Überproduktionskrise. Der dadurch erforderliche zusätzliche Export muss dann noch billiger, über noch mehr Lohndumping, produziert werden, die Kaufkraft sinkt weiter.

8.8. Senkung der Kapitalerträge

Bei der hohen Verschuldung des Staates und vieler Unternehmen und der deshalb fehlenden Reserven befinden sich die einzelnen Länder gegenüber dem globalen Finanzkapital in absoluter Konkurrenz zueinander. Selbst ein minimales Absinken der Kapitalerträge in einem Land würde zum Kapitalabfluss in andere Länder führen und entsprechende Insolvenzen hervorrufen.

Die deutschen Direktinvestitionen im Ausland sind zwar seit 2000 etwa auf ein Sechstel zurückgegangen, finden sich aber in entsprechenden Fondsanlagen wieder, die jetzt den Bürgern selbst im Rahmen der Riester-Rente aufgeschwatzt werden. So sind nicht nur unsere Entscheider und Politiker, sondern auch sehr viele Kleinanleger auf die Kapitalerträge aus ihren Fondseinlagen fixiert. Die Profitmaximierung wurde zum perfekten Selbstläufer.

Der Spiegel (18/2005, S. 131) schreibt hierzu: *Mehrere Billionen Dollar haben internationale Fonds eingesammelt – bei den Reichen der Welt, aber auch bei Normalbürgern, die für ihr Alter vorsorgen, oder bei Banken und Versicherungen, die wiederum das ihnen anvertraute Geld mehren wollen. Rund um den Globus suchen sie nach Anlagechancen, sie spekulieren mit Währungen und Rohstoffen, Anleihen und Aktien. Sie nehmen ganze Volkswirtschaften in die Zange – und zunehmend auch deutsche Unternehmen. ... Aber wie soll ein nationaler Staat internationale Finanzströme regulieren?*

Eine unerbittliche Machtkaskade ist entstanden: Der maximale zu erwirtschaftende Shareholder Value fordert den Fondsmanager Höchstleistungen ab, die wiederum durch den von ihnen gesteuerten Kapitalfluss die Unternehmer und Politiker unter Druck setzen. Diese bitten dann die Erwerbstätigen über Lohndumping und Steuern zur Kasse und wo gar nichts mehr geht, werden MAE-Jobber ausgebeutet. Aber wo es Gewinner gibt, gibt es Verlierer im gleichen Umfang. Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer? Vergehen sich die im automatisierten Produktionsprozess nicht mehr benötigten Bürger – nach J. Rifkin 98% im Jahr 2020 – auch an den Aktionären, wenn sie ein würdevolles Leben führen wollen?

Staat, Parteien und Politiker haben den Dienst am Bürger durch den Dienst am großen und auch kleinen Aktionär/Anleger zum alleinigen Maßstab ihrer Entscheidungen gemacht. Abhilfe kann nur eine global einheitliche Besteuerung der Kapitalerträge in allen Staaten schaffen, die jedoch noch nicht ernsthaft diskutiert wird.

Was aber würde geschehen, wenn Kapitalerträge in Deutschland angemessen besteuert würden? Würden weniger Wasserwerke, Krankenhäuser, Kindergärten etc. privatisiert?

Unter Umständen müssen die Kapitalerträge in Deutschland aber gar nicht mehr gesenkt werden, da sie in absehbarer Zeit durch den zu erwartenden weiteren Kaufkraftverlust sowieso nicht mehr realisierbar sind.

8.9. Kapitalerträge auch für Erwerbstätige

Das Arbeitnehmerentgelt müsste so weit über die Ebene der Bedarfsdeckung hinaus angehoben werden, dass auch der Erwerbstätige Rücklagen bilden kann, die es ihm ermöglichen, sich am globalen Spiel der Profitmaximierung mit gleicher Intensität zu beteiligen. Allerdings kann auch das Fondsgeschäft nur existieren, wenn es in gleichem Umfang Gewinner wie Verlierer gibt. Außerdem verfügt unser gegenwärtiges System nicht mehr über die entsprechenden Reserven und die zur Zeit von den Kapitalerträgen Profitierenden werden ihre Anteile im erforderlichen Umfang nicht abtreten wollen.

9. Rettungsmaßnahmen seitens der Bürger

9.1. Verfassungsklage

Einen ersten Versuch einer Verfassungsklage hat bereits Petschow unternommen. Es wurde ihm entgegnet, dass eine Beschwerdebefugnis bei ihm nicht vorliege. Er wandte sich daraufhin an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages (Aktenzeichen: Pet 2/14/15/8272/046748), der seine Beschwerde grundsätzlich für gerechtfertigt hielt und sie an das Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik Deutschland weiterleitete, wo sie dann endgültig versendet ist [Petschow 2004].

9.2. Haushalt als gewerblicher Kleinbetrieb

Die grundsätzlich andere Besteuerung der natürlichen gegenüber der juristischen Person führt zu gravierender Umverteilung: ebenso wie ein Unternehmen seine gesamten Infrastrukturaufwendungen absetzen kann, müsste auch dem Bürger das Recht eingeräumt werden, seine gesamten Reproduktionskosten absetzen zu können. Soll er fiskusgerecht seinen Haushalt zum gewerblichen Kleinbetrieb umgestalten?

Die Ich-AG ist wohl noch nicht das richtige Konzept und bringt ja im Durchschnitt noch nicht einmal das zur individuellen Bedarfsdeckung erforderliche Einkommen.

9.3. Grundeinkommen für alle

Von denen, die das voraussetzungslose Grundeinkommen von wenigstens 1500 Euro fordern, wird in der Regel übersehen, dass bei diesem Betrag unter dem Strich eine Summe von etwa eineinhalb Billionen Euro, das sind 75% des BIP, herauskommen. Diese Summe müsste über den Staat verteilt werden, also über Steuern erhoben werden.

Nach Robert Kurz wäre *monetäres "Grundeinkommen"* nur durch einen Apparat der

Redistribution in einem nationalökonomischen Bezugsraum realisierbar Für das nationale Bezugssystem des "Grundeinkommens" wiederum heißt dies, daß es im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erfolgreich sein muss, um genügend Kapazität für die monetäre Umverteilung zu erwirtschaften. Implizit enthält daher das Konzept des "Grundeinkommens" einen nationalistischen und rassistischen Vorbehalt; es ist nichts als ein Derivat des sozialnationalistischen Linkskeynesianismus. In der Praxis würde das "Grundeinkommen", egal in welcher Form, für die Individuen immer nur auf ein Volumen hinauslaufen, das zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist [Kurz 2001]. Auch das Grundeinkommen gehört nach Kurz zu den „Brosamen vom Tisch des Herrn“.

Für Gustav Landauer würde wohl das Grundeinkommen zu den Maßnahmen zählen, die aus dem Kapitalismus auch nicht herausführen [Landauer 1913].

Ein bedarfsdeckendes Grundeinkommen für alle würde sich außerdem nur gegen die Profiteure der Kapitalerträge und zwar wegen der weltweit ausgerichteten Fonds, über die diese erwirtschaftet werden, auch nur weltweit und zwar auf einer Eine-Welt-Ebene (von vielleicht 1 Euro pro Tag?) durchsetzen lassen. Wegen des Fehlens internationaler sozialer Regulationsinstanzen haben aber politische Apelle keinen Adressaten. Im übrigen ist zu befürchten, dass dem bedarfsdeckenden Grundeinkommen kein besseres Schicksal beschieden ist, als einem bedarfsdeckenden Arbeitnehmerentgelts in 150 Jahren Arbeitskampf.

Erst wenn die Profiteure (in den nächsten 50 Jahren?) aus der Gesellschaft verdrängt sind, wäre die Installation eines Grundeinkommens möglich, aber dann wäre es bereits grundsätzlich überflüssig, weil nur noch 2% der heutigen Arbeit von Menschenhand geleistet werden muss [Rifkin nach Iwersen 2005].

Wenn allerdings – wie Rifkin voraussagt – im Jahr 2020 98% der Erwerbstätigen aus dem Produktionsprozess ausgesteuert sind, könnte andere Überlegungen und Maßnahmen angezeigt sein.

9.4. „Re giogeld“ oder globale Währung?

Marx hat Wertscheinsysteme, Regiogeld etc. als Theatermarken verspottet. Eduard Pfeiffer hat 1863 bei der Einführung seines Wertscheinsystems ausdrücklich betont, dass dieses Mittel vorübergehend nur eingesetzt werde, um mit dem Bargeld, das auf diese Weise zur Verfügung steht, die Stuttgarter Konsumgenossenschaft aufzubauen [Hasselmann 1971].

Generell scheint im 19. Jahrhundert sowohl auf der Seite der Fälscher, als auch auf der Seite der Wertschein-System betreibenden Organisationen oder Personen so viel Missbrauch getrieben worden zu sein, dass diese Unternehmungen 1896 gerichtlich untersagt wurden.

Marx nannte diese Ansätze „Geldpfuschereien“. Robert Kurz bezeichnet die Anhänger von Silvio Gesell, dem Hauptvertreter des zinslosen Geldes, als ökonomische Sekte und führt aus: *Da sich deren Kritik an der kapitalistischen Verkehrsform auf den Aspekt des zinstragenden Kapitals beschränkt, wollen sie lediglich ein "vom Zins befreites Geld" als direkte Verrechnung von Leistungseinheiten einführen, ohne das Problem der abstrakten Wertform als solcher überhaupt wahrzunehmen. Diese verkürzte Kritik der kapitalistischen Verkehrsform fällt sogar noch hinter die altmarxistische verkürzte Kritik des Privateigentums zurück: Weil sie nur auf ein "ehrliches Geld" hinauswollen, ist für Proudhon, Gesell und ihre Anhänger das Privateigentum an den Produktionsmitteln sogar besonders heilig. Was ihnen vorschwebt, ist überhaupt nicht mehr die soziale Emanzipation, sondern eine Gesellschaft von Kleinbürgern und die Reduktion der wertförmigen Vergesellschaftung auf einen Klitschen-Kapitalismus mitsamt allen dazugehörigen repressiven Borniertheiten des Arbeits- und Leistungsfetischismus* [Kurz 2001].

Auch Helmut Creutz meint: *„Ausweichen auf eine Nebenwährung ist nicht der richtige Weg, um die grundsätzlichen Probleme im Geldbereich zu lösen.“* [Creutz 1995]. Jeremy Rifkin hält den Non-Profit-Sektor für besonders wichtig und empfiehlt Zeitdollarprojekte wie in den USA: *„Die Idee dahinter ist, dass in einer sozialen Gemeinschaft jenseits der Gewinnmaximierung die Zeit eines jeden von uns gleich wertvoll ist – sei er nun Arzt, Müllmann oder Taxifahrer.“* [Rifkin nach Iwersen 2005].

Um sowohl Währungsspekulation als auch Verzinsung zu beseitigen ist eine zinsfreie globale Währung angezeigt und sie existiert bereits weltweit mit der Zeit, in der wir unsere Arbeitskraft für die Gemeinschaft einsetzen, doch dazu unten mehr. Dass Zeitkonten über viele Jahrzehnte korrekt verwaltet werden können, zeigen uns zum Beispiel die Landesversicherungsanstalten und die Bundesversicherungsanstalt.

9.5. Aneignung

Wenn wir über alle Werte, die wir in den letzten 50 Jahren geschaffen haben, gemeinschaftlich verfügen könnten, bräuchten wir uns um die nächsten 50 Jahre keine Sorgen zu machen. Oder: Was wir uns vorher nicht haben wegnehmen lassen, brauchen wir uns hinterher nicht an zueignen.

Wir haben es in den letzten 50 Jahren tatenlos geschehen lassen, dass uns unsere Arbeitskraft zu immer größeren Teilen ohne entsprechendes Entgelt entzogen wurde, der Arbeitsertrag also Schritt für Schritt reduziert wurde und wir uns in immer größerem Umfang enteignen ließen. Wir sollten deshalb jetzt in erster Linie sicherstellen, dass diese tagtägliche Enteignung nicht mehr stattfindet und wir unsere Arbeitskraft für unsere eigenen Unternehmungen im vollen Umfang nutzen können.

9.6. Solidarische Ökonomie bzw. wirtschaftliche Selbsthilfe

Nach Altvater hat sich das Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre 2005 intensiv mit dem Thema „so lidarische Ökonomie“ befasst. Er berichtete: *Ein Thema wird ... die*

Linke in den nächsten Jahren weltweit mehr denn je beschäftigen müssen: die "solidarische Ökonomie". Dazu gehören Genossenschaften im ländlichen Raum wie in Brasilien, demnächst möglicherweise in Venezuela, das fundamentale Recht auf angemessenen Wohnraum, die Vergabe von Mikrokrediten für soziale Projekte, Sinn oder Unsinn von Tauschringen.

Die "solidarische Ökonomie" avanciert deshalb zum globalen Thema, weil neoliberal begründeter Freihandel seine Wohlfahrtsversprechen nicht einlöst. Der "Neoliberalismus von unten" - sprich: die Ausdehnung des Konkurrenzprinzips -, indem jeder, auch im informellen Sektor, seinem Unternehmergeist freien Lauf lässt, ist erst recht gescheitert. Die "solidarische Ökonomie" erweist sich daher als Alternative zur globalen Konkurrenzökonomie [Altvater 2005].

Claus Offe meint, „da ss man die Vorteile der Tauschbeziehungen durchaus in einer anonymen Gesellschaft nutzen kann und der zwangsweisen Brachlegung der Arbeitskraft und der Leistungsfähigkeit, die mit einer auf Geldwirtschaft beruhenden Tauschbeziehung einhergeht, entgegenwirkt. ... Ich wehre mich gegen die Abwertung des Tauschgedankens“ [Offe 1995].

Solidarische Ökonomie oder wirtschaftliche Selbsthilfe wird in England seit 1844 mit der Gründung der Konsumgenossenschaft der Redlichen Pioniere von Rochdale praktiziert. In Deutschland erfolgten ab 1845 erste Gründungen von Konsumgenossenschaften und trotz aller Behinderungen im vorletzten und letzten Jahrhundert sind sie als „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“ auch hier sehr erfolgreich [Hasselmann 1971, Novy 1985, Fairbairn 1998, Fabricius 2004].

10. Von der Profitmaximierung zur Profitminimierung

*„Die Probleme, die es in der Welt gibt,
sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat.“
Albert Einstein angesichts der Weltwirtschaftskrise 1929*

Der Kernprozess unseres Wirtschaftssystems ist die Profitmaximierung. Die Alternative einer „anderen Welt“ wäre die Profitminimierung. Bei der Suche nach entsprechenden Unterlagen bei Google wurde die Anfrage zum Begriff „Profitminimierung“ (am 12.11.2004) mit der Gegenfrage beantwortet: „Meinten sie: Profitmaximierung:“ und es wurden ganze drei jedoch unmaßgebliche Hinweise angezeigt, während „Profitmaximierung“ 18.300 Seiten ergab.

Jensen und Meckling, die Urheber der Shareholder-Value-Theorie, fordern: *„Akt ionäre als Eigentümer der Unternehmen müssen den ungeteilten Gewinn erhalten. ... Manager, die sich zu sehr für die Belegschaft, die Gemeinden oder den Umweltschutz einsetzen, vergehen sich am Eigentum der Aktionäre!“*

Diese Gewinne fließen jedoch in zunehmendem Umfang in die global agierenden Fonds. Diesem Kapitalabfluss in die globalen Finanzmärkte kann seitens des Bürgers nur begegnet werden, wenn er sich sowohl als Konsument als auch als Produzent diesen Profiteuren so weit als möglich entzieht.

Landauer schreibt zu dieser Thematik 1913: *„Alle Organisationen, die sich das arbeitende Volk bisher geschaffen hat, sind Organisationen zum Kampf ums Leben innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Sie sind notwendig, damit die einzelnen Individuen und Branchen weiter existieren können und kleine Vorteile erringen; aber aus dem Kreis des Kapitalismus führen sie nicht heraus; in den Sozialismus führen sie nicht hinein.“* Und an anderer Stelle zum Thema „aktiver“ Generalstreik: *„Ihr Kapitalisten, ihr habt Geld? ihr habt Papiere? ihr habt Maschinen, die leer stehen? Eßt sie auf, tauscht sie untereinander, verkauft sie euch gegenseitig - macht was ihr wollt! Oder - arbeitet! Arbeitet wie wir. Denn Arbeit könnt ihr von uns nicht mehr bekommen. Die brauchen wir für uns selbst. Wir haben sie nicht mehr im Rahmen eurer unsinnigen Wirtschaft, wir verwenden sie für die Organisationen und Gemeinden des Sozialismus.“*

Auch als Verbraucher sind wir nicht daran interessiert, dass in den Produkten und Dienstleistungen, die wir tagtäglich benötigen, ständig wachsende Zinsen und Profite stecken. Wir sollten deshalb als Verbraucher die Regie über Produktion und Erwerbstätige den Händen der Profiteure entziehen und in unsere eigenen Hände nehmen und unabhängig von dem bestehenden System einen eigenen, nicht profitorientierten Markt aufbauen.

10.1. Die tagtägliche Enteignung

Das eigentliche Grundeigentum jedes Menschen, aus dem alles andere Eigentum entstanden ist und entsteht, ist die menschliche Arbeitskraft.

Mit der Sesshaftigkeit des Menschen bildeten sich gesellschaftliche Hierarchien heraus. Dem bereits sesshaft gewordenen oder Stärkeren gelang es, sich der Arbeitskraft Hinzukommender teilweise oder vollständig zu bemächtigen und so Reichtum und Schritt für Schritt auch Vorherrschaft aufzubauen.

Mit der Zeit entstand die Notwendigkeit, (geraubte) Arbeitskraft speichern zu können. Hierzu wurden als Arbeitsäquivalent zunächst langlebige Lebensmittel, Haustiere, Edelmetalle etc. und schließlich das Geld verwendet. Doch diesem Geld wurde eine zweite Eigenschaft, sich durch Zinsen selbst zu vermehren, zugebilligt. Was bei den ursprünglichen Arbeitsäquivalenten als unsinnig erscheint, sich ohne Arbeit vermehren zu können, gilt beim Geld als unverzichtbar.

Das Verhältnis von Kapital zu Arbeit - auch die Formulierung „Kapital ist

akkumulierte Arbeit“ - lässt sich sehr gut am Tauschring verdeutlichen: für die von einer Person geleistete Arbeit wird eine der aufgewendeten Zeit äquivalente Anzahl von Punkten registriert, die gegen die von einer anderen Person geleistete Arbeit getauscht werden können.

Würden nun die positiven Arbeitsäquivalente mit einem zeitabhängigen Bonus und die negativen Arbeitsäquivalente mit einem zeitabhängigen Malus versehen, könnte Arbeit, ohne geleistet zu werden vermehrt oder vermindert werden. Aber genau das, was bei der Arbeit absurd erscheint, soll bei dem Arbeitsäquivalent Geld unverzichtbar sein: Vermehrung des Eigentums ohne entsprechend geleistete Arbeit. Die grotesken, „eigentüm“lichen Verzerrungen, die entstehen, wenn sich Geld bzw. Eigentum oder Kapital auf diese Weise vermehren kann, lassen sich überdeutlich an unserem heutigen sozioökonomischen Dilemma feststellen.

Gegen den Zins hat bereits Aristoteles gewettert: *„Das Geld ist für den Tausch entstanden, der Zins aber weist ihm die Bestimmung an, sich durch sich selbst zu vermehren. Daher widerstreitet auch diese Erwerbsweise unter allen am weitesten dem Naturrecht.“*

10.2. Ökonomische Spaltung des Bürgers in Konsument und Produzent

Durch den profitorientierten Markt hat sich das Individuum in ein Produzenten- und ein Konsumenteninteresse, repräsentiert als Erwerbstätiger und Verbraucher, ökonomisch aufspalten lassen. *„Historisch hat sich der Markt von den Grundstoffen, den Vor- und Zwischenprodukten immer weiter vorgeschoben und immer mehr reproduktive Bezüge okkupiert; nicht nur bis zu den Endprodukten, die direkt in die Konsumtion eingehen, sondern darüber hinaus bis zur Vermittlung der Konsumtion selber in Form von Dienstleistungen und bis in den Intimbereich. ... Für eine emanzipatorische Bewegung, die sich der Notwendigkeit bewusst ist, aus Keimformen heraus die gesellschaftliche Identität von Produktion und Konsumtion auf einer höheren Entwicklungsstufe wiederherzustellen, folgt daraus, daß sie in genau umgekehrter Reihenfolge von den Dienstleistungen und den direkt in die Konsumtion eingehenden Endprodukten ausgehend dem Markt seine historische Beute wieder entreißen muss, um von diesen Endpunkten aus die gesamte Reproduktion aufzurollen und emanzipatorisch umzuformen, bis sie bei den Grundstoffen angelangt und das warenproduzierende System aufgehoben ist. [Kurz 2001].*

Im Kapitalismus begibt sich der Bürger als Erwerbstätiger an einen profitorientierten Arbeitsplatz auf der Anbieterseite des Marktes. Seine Arbeitskraft wird ihm aber nicht in vollem Umfang entgolten, sondern seitens der Regisseure dieser Arbeit werden ihm Kosten für Immobilien und sonstige Infrastruktur, Zinsen, Gewinne, Steuern, Dividende etc. abgezogen.

Mit dem Bürger als Verbraucher auf der Nachfrageseite geschieht ähnliches. Im

Produkt, das er erwirbt, oder der Dienstleistung, die er beansprucht, stecken ebenfalls Zinsen, Mieten, Steuern und Profite. Allein die Mieten von Wohnungen setzen sich z.B. zu 70-80% aus Zinsen zusammen, der Trinkwasserpreis enthält 38% und selbst die Müllkosten sind mit 12% Zinsen belastet [Kennedy 2004] Im Mittel sind in den Preisen – bezogen auf alle von der Gesellschaft getätigten Ausgaben – mit steigender Tendenz bereits über 40% Zinsen enthalten [Creutz 2003].

Bereits Marx und Engels hatten im „Kommunistischen Manifest“ formuliert: *„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendigt, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.“* [Marx/Engels 1847/48]. Dieser Zweig der kapitalistischen Ausbeutung wurde jedoch von ihnen nicht weiter verfolgt, sondern im Gegenteil, von Projekten dieser Art, den Konsumvereinen oder -genossenschaften, haben sie und mit ihnen die Sozialdemokraten nachhaltigst abgeraten [Hasselmann 1971]. Von 1892 bis 1910 war es Sozialdemokraten sogar untersagt, Mitglied von Konsumgenossenschaften zu werden, ja sie sollten sogar ihre Gründung verhindern [Fabricius 2004].

10.3. Der solidarische Produzent

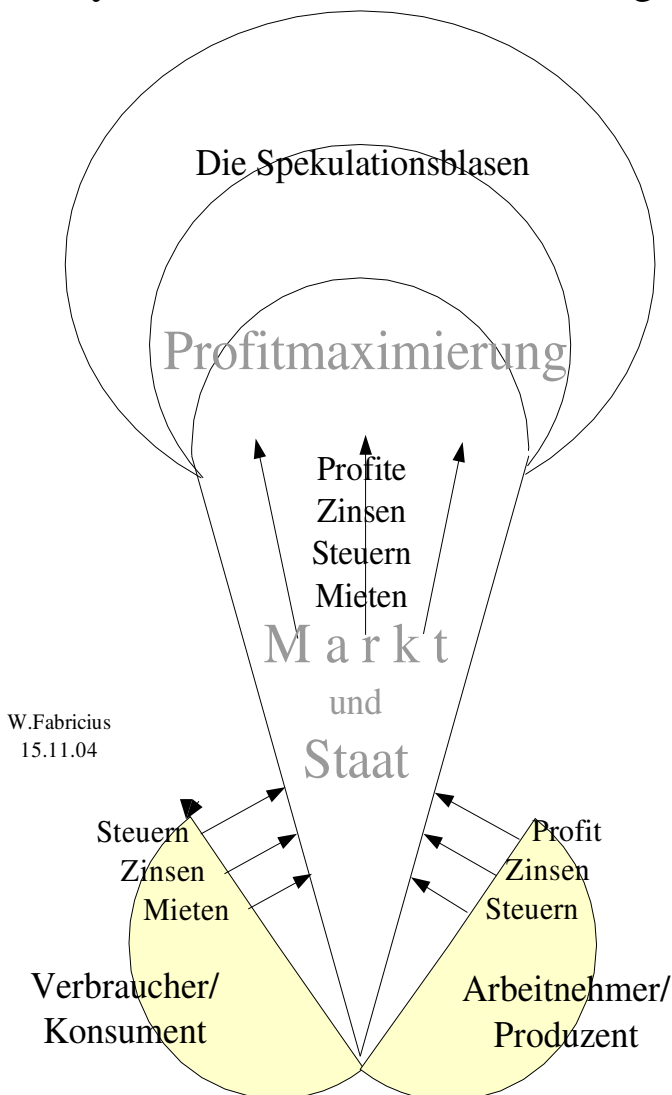
Betriebe werden von ihren Belegschaften übernommen, um die Arbeitsplätze zu sichern. In der Regel sind diese Betriebe von Insolvenz bedroht, weil ihre Produkte auf dem Weltmarkt nicht mehr ausreichend attraktiv sind. Zusätzlich sind sie fast immer überschuldet. Normalerweise sind die Betriebe auch mehr oder weniger heruntergewirtschaftet, es stehen insofern nach der Übernahme dringende Investitionen in Infrastruktur und Arbeitssicherheit an, die die Aufnahme von Krediten erfordern. Somit sind zwar die „globalen Profiteure“ direkt eliminiert, indirekt sind sie aber über den Schuldendienst noch vollkommen präsent. Mit dem Verbraucher haben sie über den profitmaximierenden Markt nur indirekten Kontakt. Sie sind also (selbst wenn sie die Organisationsform (Produktiv-)Genossenschaft wählen) diesem Markt mit seinem Preisdumping bedingungslos ausgeliefert und landen sehr leicht in der Selbstausschöpfung.

Die selbstverwalteten Betriebe Südamerikas werden auf den Sozialforen auf globaler, kontinentaler, nationaler und kommunaler Ebene engagiert diskutiert. Catia Cristina dos Santos Costa von der Brasilianischen ANTEAG hat das Problem der selbstverwalteten Betriebe Brasiliens, die sie betreut, sehr anschaulich formuliert: Mit den Jahren der Selbstverwaltung habe sich das Verhalten der Mitarbeiter zueinander, die innere Oberfläche der Betriebe, sehr positiv verändert, die äußere Oberfläche dagegen sei unverändert geblieben. Dieses sehr anschauliche Bild kann wohl so interpretiert werden, dass sich der kapitalistische Markt, hinter dem sich der kapitalistische Konsument verbirgt, mit der Betriebsübernahme nicht verändern ließ. Aber wie erreicht man ihn, der sich jenseits von Markt und Staat bewegt?

Offensichtlich florieren nicht alle solidarischen Betriebe. Im vorletzten Jahrhundert unterschied man bei den Genossenschaften auch drei grundsätzliche Typen:

- den Lasalle'schen Typ (die Produktivgenossenschaften)
- den Schultze-Delitzsch'schen Typ (die Handwerksgenossenschaften) und
- den Pfeiffer'schen Typ (die Verbraucher-/Konsumgenossenschaften).

Das System der Profitmaximierung



Zu den Produktivgenossenschaften wurde von Franz Oppenheimer (1864-1943) das nach ihm benannte Transformationsgesetz formuliert. Oppenheimer, eine herausragende Persönlichkeit innerhalb der sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts, war ursprünglich praktischer Arzt im Berliner Wedding. Nach intensiver Beschäftigung mit sozialpolitischen Problemen und der wissenschaftlichen Sozialökonomie, die er mit journalistischer Tätigkeit finanzierte, wurde ihm der erste Soziologielehrstuhl in Deutschland an der Universität Frankfurt eingerichtet. Zudem war er Doktorvater von Ludwig Erhard.

Produktivgenossenschaften, waren nach Oppenheimers "Transformationsgesetz" von 1894 in zweierlei Hinsicht zur Schließung verurteilt:

Die beiden Teilhälften des durch den Markt gespaltenen Individuums

den immer wiederkehrenden Wirtschaftskrisen wie jeder andere Betrieb unterworfen. In einer Wirtschaftskrise konnte sich die Geschäftsführung aber nicht von ihren Mitarbeitern, die ja auch Mitglieder waren, trennen. Die Mitglieder aber hatten, da der Betrieb ihre einzige Einkommensquelle war, wenn sie „arbeitslos“ wurden, zusätzlich zum fehlenden Einkommen auch noch die Betriebskosten am Hals und standen sich schlechter als die regulären Arbeitslosen. Sie mussten in praktisch allen Fällen nach relativ kurzer Zeit schließen.

2. Sollten sie eine Krise überlebt und endlich Geld in den Kassen haben, wollten sie

1. Da sie sich auf dem profitorientierten Markt behaupten mussten, waren sie

dieses keinesfalls mit weiteren Mitgliedern teilen. Sie tendierten vielmehr dazu, sich gegenüber Neumitgliedern zu verschließen und lieber Angestellte zu beschäftigen, die sie heuern und feuern konnten.

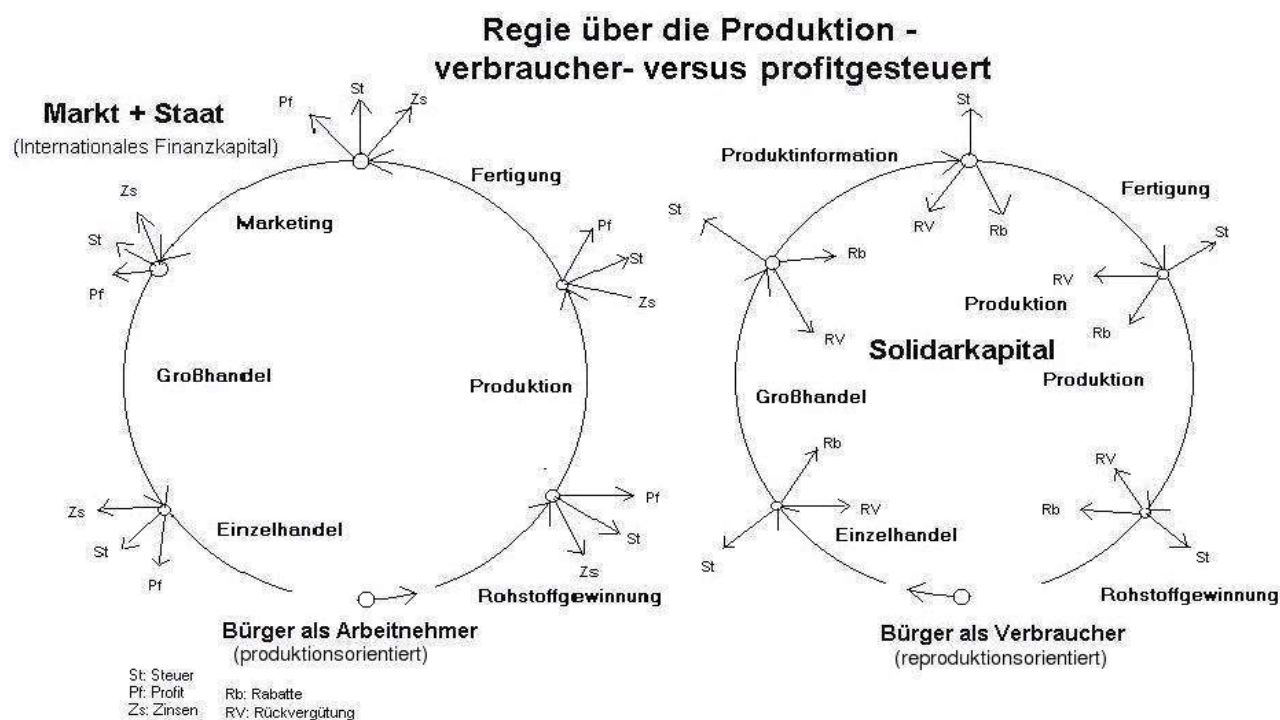
Handwerksgenossenschaften und Landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften wurden von Schultze-Delitzsch zur Erhaltung des Handwerks und der bäuerlichen Landwirtschaft gefordert. Sie sind in diesen Bereichen leidlich erfolgreich, wobei auch bei ihnen das ureigenste genossenschaftlich Identitätsprinzip nicht realisiert ist.

Verbraucher- oder Konsumgenossenschaften sind, obwohl sie wegen der intensiven Gegenstrategien des Finanzkapitals in Deutschland weitgehend in Vergessenheit geraten sind, sowohl in Deutschland, als auch weltweit immer sehr erfolgreich gewesen. Bei ihnen ist als einziges das Identitätsprinzip realisierbar.

10.4. Der solidarische Konsument

Da bereits 5 Millionen Bundesbürger für die Produktion und Dienstleistungen nicht mehr benötigt werden und als arbeitslos ausgesteuert wurden, müssen sie sich einer unsinnigen Wirtschaft gar nicht entziehen, sondern können, wie das bereits Anrufer bei „Klipp und Klar“ vorschlagen, füreinander arbeiten und die Lebenshaltungskosten von Steuern und Zinsen systematisch befreien.

Die Bürger nehmen die Regie über das Management der Dienstleistungen und die Verteilung ihrer Lebensmittel und "Bedarfsgegenstände" und schließlich vielleicht auch deren Produktion selbst in die Hand. *„Es geht um die selbstbestimmte Nutzung*



der Potentiale der Bevölkerung, die Erhaltung des Sozialen Kapitals und die Sicherung, Nutzung und Schaffung dessen, was Menschen zum Leben brauchen. Dazu gehören ein Dach über dem Kopf, Grund und Boden, eine existenzsichernde Arbeit, eine angemessene Infrastruktur, sauberes Wasser etc.“ [Elsen 2003].

Diskutiert werden Food-Coops, Tauschringe, Leihgemeinschaften, Umsonstläden etc. Problematisch wird diese sehr lockere Form der Organisation, wenn über kurz oder lang größere Geldflüsse und wachsendes Solidarkapital zu verwalten sind. Wegen der gesamtschuldnerischen Haftung in einer Personengesellschaft (GbR) ist es dann sehr ratsam, eine juristische Person zu gründen.

Als Organisationsform eignen sich, um alle Mitglieder mit prinzipiell gleicher Einflussmöglichkeit auszustatten, nur der Verein oder die Genossenschaft (als Sonderform des Vereins). GmbH und AG können nicht als basisdemokratische Organisationen angesehen werden, da hier in der Regel, der Einlage der Mitglieder entsprechend, quotiert abgestimmt wird. Für Non-Profit-Unternehmen und kleinere Projekte ist der nicht eingetragene oder besser der eingetragene Verein die optimale Organisationsform. Nimmt das Unternehmen größere Formen an, sollte eine Genossenschaft angestrebt werden, in die der Verein jederzeit als Vorgenossenschaft übergehen kann.

Verbrauchergenossenschaften haben sich über erste Dienstleistungen der Verteilung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs hinweg sehr bald in den Großhandel und die erste Produktion von landwirtschaftlichen und handwerklichen Gütern hineinentwickelt. Erste Zusammenschlüsse von Konsumenten und Produzenten waren die Folge.

10.5. Zusammenwirken von Konsument und Produzent

Das erste funktionsfähige Modell einer Genossenschaft wurde 1844, 4 Jahre vor der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes, von den "redlichen Pioniere von Rochdale" in die Praxis umgesetzt. Es stellte für sie eine Vision einer unabhängigen, kooperativen Gemeinschaft dar, die den Menschen eine Alternative zu Arbeitslosigkeit, ausbeuterischen Arbeitsbedingungen, Bildungsmangel und Armut bieten sollte. Das Leitbild und die Praxis der Rochdaler Pioniere wurden zum politischen Fundament der internationalen Allianz der Kooperativen und haben bis heute zukunftsweisenden Charakter. Das Rochdaler Modell ist gleichzeitig auch aktuelles Vorbild für die Gestaltung gemeinwesenökonomischer Lösungen.

Die Genossenschaftsprinzipien

- Identitätsprinzip,
- Freiwillige und offene Mitgliedschaft,
- Demokratische Willensbildung,
- Wirtschaftliche Mitwirkung der Mitglieder,

- Autonomie und Unabhängigkeit,
- Ausbildung, Fortbildung und Information,
- Kooperation mit anderen Genossenschaften und
- Vorsorge für die Gemeinschaft der Mitglieder

wurden aus der Arbeit der Rochdaler Pioniere abgeleitet, gesetzlich festgeschrieben und zu einer weltweit weitgehend kompatiblen Organisationsform ausgebaut.

[Mersmann]

Das Identitätsprinzip besagt, dass in Genossenschaften z.B. der Mieter über Wohnungsbauvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Vermieter, der Konsument über Konsumvereine oder -genossenschaften zum (kollektiven) Krämer/Händler/Produzent, der Schuldner /Kreditnehmer über Genossenschaftsbanken sein eigener (kollektiver) Gläubiger/Kreditgeber wird.

Ungeachtet dessen haben sie sich – insbesondere in der Weimarer Republik - sehr stark entfaltet und waren dem damaligen internationalen Finanzkapital ein wachsender Dorn im Auge.

Da die Verbrauchergenossenschaften als „Dritte Säule der Arbeiterbewegung“ ebenfalls sehr erfolgreich und für den Bürger bedeutsam waren, wurden sie auch von staatlicher Seite sehr argwöhnisch beäugt und tendenziell behindert.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch der DDR haben sich die Verbrauchergenossenschaften trotz aller Behinderungen kontinuierlich entfalten können. Sie stellen in Deutschland mit ihren 22 Millionen Mitgliedern die einzige Organisationsform dar, die Mitgliederzuwachs hat. Gewerkschaften verfügen dagegen nur etwa über 7 Millionen und Parteien über etwa 1,5 Millionen Mitglieder.

Auch auf europäischer Ebene sind sie ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften führt im Februar 2004 in einem Bericht an den Rat, das Parlament etc. auf: *In der Europäischen Union gibt es mindestens 300.000 Genossenschaften, die 2,3 Millionen Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Genossenschaften gibt es in allen Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union (EU) und allen Kandidatenländern. Sie beeinflussen das tägliche Leben von über 140 Millionen Bürgern, die Mitglieder von Genossenschaften sind.*

Genossenschaften wurden und werden sowohl jenseits (Produktivgenossenschaften), als auch diesseits (Verbrauchergenossenschaften) von Markt und Staat gegründet, wobei sich das ursprünglich grundlegende Prinzip der Genossenschaften, das Identitätsprinzip – ökonomische Reintegration von Konsument und Produzent – nur diesseits von Markt und Staat realisieren lässt.

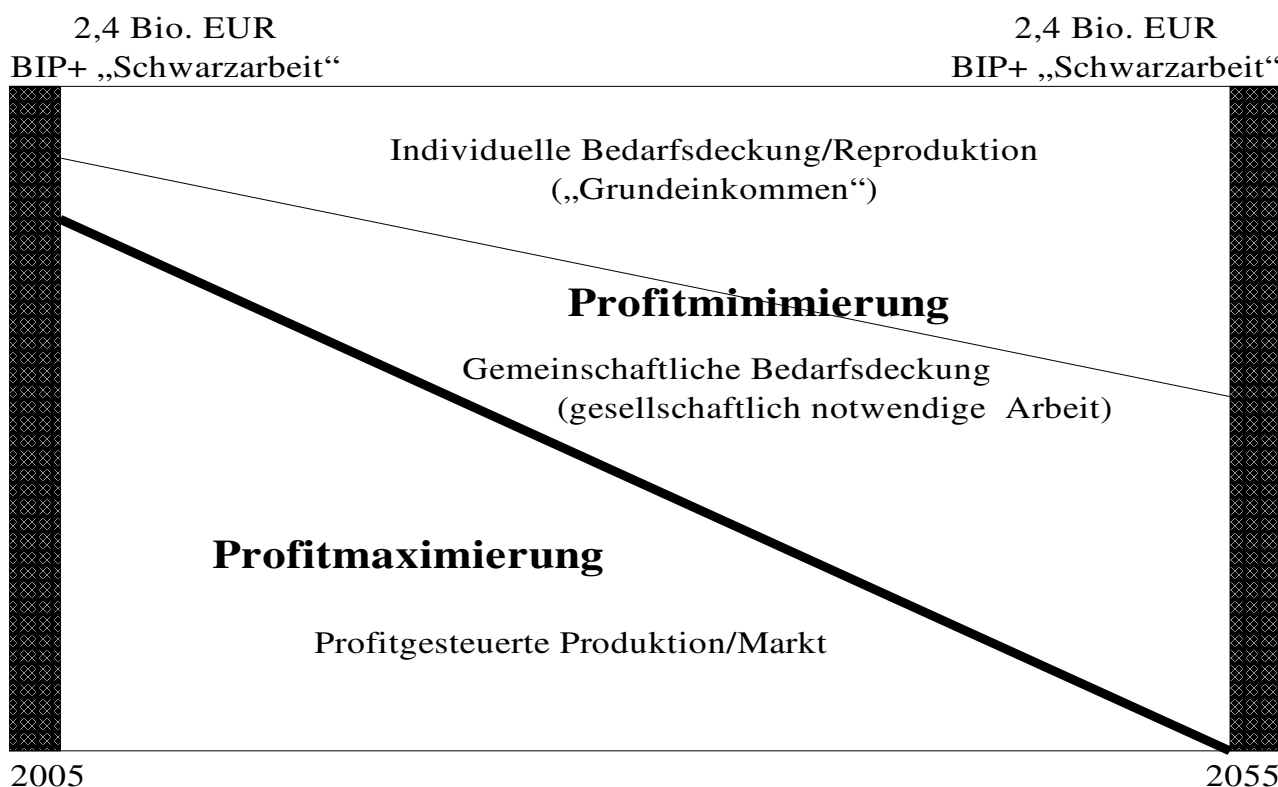
Wirtschaftliche Selbsthilfe soll den Bürger in die Lage versetzen, sich Schritt für

Schritt der profitorientierten Produktion zu entziehen, indem er sich als Verbraucher organisiert und angefangen bei der Distribution Schritt für Schritt, Produkt für Produkt bzw. Dienstleistung für Dienstleistung, vom Einzelhandel bzw. Endanbieter über den Großhandel eine bedarfsorientierte Produktion unter seiner Regie ansteuert. Sie kann regional autonom in Miniprojekten begonnen werden und ist bei Bedarf jederzeit in der Lage, mit gleich orientierten und strukturierten Projekten regional, überregional oder auch global zu kooperieren.

Statt an Staat, Versicherungen, Banken und Unternehmen Steuern, Zinsen und Profite abzuführen, wird über Rabatte und Rückvergütungen (Überschüsse werden an die Mitglieder nach Inanspruchnahme der von der Genossenschaft angebotenen Leistungen ausbezahlt, wenn sie nicht als Löhne etc. benötigt werden) ein gemeinschaftlich zu verwaltendes Solidarkapital geschaffen, das für weitere Übernahmen von Dienstleistungs- und Produktionsbereichen herangezogen werden kann. Die immensen Belastungen der Preise durch Imagepflege und Werbung (bis zu 85%) werden durch eine sachgerechte Produktinformation ersetzt.

Entökonomisierung der Gesellschaft

W. Fabricius, 08.04.05



Ob die Genossenschaft sich auf das Mitgliedergeschäft beschränkt, oder auch Nichtmitglieder versorgt, muss von der Mitgliederversammlung entschieden werden. Das Mitgliedergeschäft unterliegt nicht unbedingt den üblichen Marktgesetzen, sondern, wenn Mitglieder für andere Mitglieder gegen Rabatte etwas einkaufen, leisten oder herstellen, ist das kein Handel und kein Gewerbe. Es wären somit auch keine Umsatz, Gewerbe und Mehrwertsteuer fällig, die allerdings von Nichtmitgliedern, so mit ihnen Geschäfte getätigt würden, verlangt werden müssten. Auch Gesundheitspässe

und geeichte Waagen könnten, zumindest anfangs, beim reinen Mitgliedergeschäft entfallen.

10.6. Aktuelle Situation der Genossenschaften

Genossenschaften haben im In und Ausland eine bis weit in das vorletzte Jahrhundert hineinreichende Tradition und - in tausenden von Ausprägungen eines einheitlichen Grundmusters - heute weltweit Hunderte von Millionen Mitgliedern

- in Deutschland 20 Mio. [Herweg],
- in Europa, einschließlich der Beitrittsländer, über 300.000 Genossenschaften mit 2,3 Mio. Arbeitsplätzen und 140 Mio. Mitgliedern [Kommission der EU],
- in den USA etwa 47.000 Genossenschaften mit etwa 100 Mio. Mitgliedern [Blum],
- in Indien 504.000 Genossenschaften mit über 200 Mio. Mitgliedern [Sisodia].

Sie spielen, nachdem Parteien und Gewerkschaften den Sozialstaat nicht dauerhaft retten konnten auch in der gegenwärtigen politischen Diskussion wieder eine zentralere Rolle.

Verbrauchergenossenschaften, etablieren sich hauptsächlich in den Bereichen Lebensmittel, Wohnungen und Banken.

Jahrgang		1960		1980		2000	
Typus		Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %	Mitglieder	Anteil in %
Kredit- und Banken	Unternehmen	11.676	43,0	4.267	36,5	2.053	22,9
	Mitglieder*	3.855	39,3	9.105	69,1	14.834	
Ländliche Waren-, Verwertungs- u. Dienstleistungen	Unternehmen	12.025	44,3	5.227	44,8	3.961	41,2
	Mitglieder*	2.016	20,5	1.555	11,8	970	
Gewerbliche u. Dienstleistung	Unternehmen	1.447	5,3	804	6,9	1.422	15,1
	Mitglieder*	257	2,6	232	1,8	260	
darunter Produktivgen.	Unternehmen	(?) 50		28			
	Mitglieder						
Verkehrsgenossenschaften	Unternehmen	72	0,3	71	0,6		
	Mitglieder*	18	0,2	14	0,1		
Konsumgenossenschaften	Unternehmen	272	1,0	94	0,8	46	0,5
	Mitglieder*	2.585	26,3	665	5,0	880	
Wohnungsbaugenossenschaften	Unternehmen	1.653	6,1	1.217	10,4	2.002	20,3
	Mitglieder*	1.081	11,0	1.613	12,2	2.953	
Genossen. insgesamt	Unternehmen	27.145		11.680		7.000	
	Mitglieder*	9.812		13.184		20.000	

(*)=in 1000
Quelle: Deutsche Genossenschaftsbank (1984). Statistischer Teil und Deutsche Zentralbank (2000).

1. Genossenschaftsbanken sind in Deutschland mit 14 Millionen Mitgliedern am stärksten vertreten. Groteskerweise mokiert sich Henrik Müller, Redakteur bei "manager magazin" und Autor des Buches "Wirtschaftsirrtümer - Richtigstellungen von Arbeitszeitverkürzung bis Zinspolitik" über die Probleme der privaten Banken in Deutschland, die unter den über Jahrzehnte extrem niedrigen Zinsen leiden. Eine wesentliche Ursache sei, dass das Kreditgeschäft in Deutschland von Sparkassen und Genossenschaftsbanken dominiert werde (Marktanteil 75%). "Die öffentlich-

rechtlichen Sparkassen werden durch den Staat in die Lage versetzt, sich extrem günstig zu refinanzieren - im Zweifel stehen die Steuerzahler für Ausfälle gerade. Die Genossenschaftsbanken verfolgen keinen Gewinnzweck - entsprechend eng können sie ihre Margen kalkulieren." [Müller]. Offensichtlich ist es in unserem Wirtschaftssystem ehrenrührig, keinen Profit zu machen, da derartige Projekte ja marktbestimmend werden könnten. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass selbst die Banken unter den Genossenschaften in Deutschland nicht nur individuelle, sondern auch volkswirtschaftliche Bedeutung haben.

2. Wohnungsbaugenossenschaften haben in Deutschland etwa 3,2 Millionen Mitglieder. In Berlin werden mehr als 180.000 Wohnungen (über 10% des gesamten Wohnungsbestandes) von über 80 Wohnungsbaugenossenschaften verwaltet. Eine - trotz aller zweifelsohne existierender schlechter Beispiele - durchaus positive Entwicklung, da die konventionellen Mieten sich ja zu 70-80% aus Zinsen zusammensetzen, obwohl die meisten der Häuser und Wohnungen im Laufe der Jahrzehnte bereits mehrfach abbezahlt sind und nur noch Instandhaltungs-, Modernisierungs- und Betriebskosten zu finanzieren wären.
3. In Deutschland soll es etwa 200 Wassergenossenschaften geben, von denen die älteste (Emschergenossenschaft) zugleich die größte ist. Sie versorgt 2,3 Millionen Bürger und hat 1447 Mitarbeiter. Die erste Wassergenossenschaft in den neuen Bundesländern ist die vor 15 Jahren gegründete Wassergenossenschaft Hartau, die allerdings gerichtlich gegen einen Anschluss an ein kommunales Wassernetz klagt. Die erste Genossenschaft, die wegen drohender Übernahme durch einen Großinvestor die Wasserwerke von der Kommune übernommen hat, ist die Wassergenossenschaft Ellerhoop, die seitdem über 10 Jahre zu aller Zufriedenheit arbeitet.
4. Konsumgenossenschaften haben in Deutschland etwa 1 Million Mitglieder. Unter diesen hat die Coop Schleswig-Holstein den größten Umsatz und ist im Lebensmittel- Einzelhandel über 250 mal in Nord-, Ost- und Süddeutschland mit Super- und Verbrauchermärkten, SB-Warenhäusern sowie Bau- und Gartencentern in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Baden-Württemberg und Bayern präsent.

In der Schweiz sind mehr als 2/3 der Haushalte Mitglied in der Konsumgenossenschaft "Migros", die einen mit Aldi Nord vergleichbaren Umsatz hat.

11. Schlussbemerkung

Wichtig ist allein, sich den Profiteuren auf der Anbieterseite des Marktes schrittweise zu entziehen, die Identität von Konsument und Produzent wiederherzustellen und sich auf der Nachfrageseite, „diesseits von Markt und Staat“ zu entfalten. Konkurrenz sollte durch Kooperation ersetzt werden.

Wenn dem Bürger die Kaufkraft genommen und damit der Zugang zum profitorientierten Markt verschlossen wird, kann ihm der Aufbau eines nicht profitorientierten Marktes weder vorgeworfen, noch versagt werden. Es steht ihm zu,

den Zusammenbruch des neofeudalen Systems einigermaßen unversehrt zu überleben. Da die Profiteure ihn nicht retten wollen, muss er die Regie über die Dienstleistungen sowie die Herstellung und den Vertrieb der Produkte seines täglichen Bedarfs in die eigenen Hände nehmen und einen Non-Profit-Markt diesseits von profitorientiertem konventionellem Markt und Staat aufbauen, auf dem es keine Kapitalerträge, sondern nur noch Arbeitserträge gibt. Wenn das alte Haus nicht mehr reparierbar erscheint, muss ein neues gebaut werden.

Grundsätzlich ist zu überlegen, ob sich Eigentum ohne eigene Arbeit vermehren darf und Arbeitserträge durch Kapitalerträge reduziert werden dürfen.

12. Zitierte und weiterführende Literatur:

1. Horst Afheldt: Wirtschaft die arm macht – Vom Sozialstaat zur gespaltenen Gesellschaft, Kunstmann, München, aktualisierte Neuauflage 2005
2. Elmar Altvater: Steinerne Gäste – Fünftes Weltsozialforum in Porto Alegre. Freitag 5/2005 <http://www.freitag.de/2005/05/05050601.php>
3. Jürgen Borchert: Kopfpauschale: Karlsruhe und zurück. Der Umweg zur Bürgerversicherung. In: E. Beck/J. Borchert: Kopfpauschale – ein Anschlag auf die Bürgerfreiheit. DGB-Bildungswerk Hessen e.V., 2005.
4. Bundesregierung: Lebenslagen in Deutschland - Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung . 2004.
<http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/A332.pdf>
5. Helmut Creutz: Überentwicklungen, die zum ökonomischen Kollaps führen. In: Kreuzberger Tauschring: AusTausch der Tauschring-Initiativen, Berlin, 1995.
6. Helmut Creutz: Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung. Econ Taschenbuch, 5. Auflage, 2001, vergriffen, jetzt: unveränderter Nachdruck der 5. Auflage, Wissenschaftsverlag Aachen, 2003 und <http://www.mr-s.net/downloads/gs-econ2001.pdf>
7. Deutscher Gewerkschaftsbund: Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrendite und Lohnstückkosten in Deutschland - Kapitalrendite und Lohnquote wie zu Vollbeschäftigungszeiten, DGB-Bundesvorstand, Abt. Wirtschaftspolitik, Düsseldorf, 06/1999
http://www.dgb.de/service/publikationen/materialdb/ausgabe_show_single?ausgabeid=96
8. Wolfgang Fabricius: Solidarkapital als Ergebnis und Grundlage autonomer ökonomischer Projekte diesseits von Markt und Staat. In: Projektgruppe Wir-eG statt Ich-AG, attacBerlin: Wir-eG statt Ich-AG! Strategien wirtschaftlicher Selbsthilfe diesseits von Markt und Staat, Reader zum Perspektivenkongress von Attac und Verdi 2004, Berlin.
http://www.attacberlin.de/fileadmin/materialseite/WIR_eG_Reader.pdf
9. Brett Fairbairn: Wiederaufbau und Untergang der Konsumgenossenschaften in der DDR und in der Bundesrepublik 1945 bis 1990. IWK, 34 (1998), 2, 171
10. Sönke Iwersen: „Langfristig wird die Arbeit verschwinden“ – US-Ökonom Jeremy

- Rifkin: Deutschland führt Scheindiskussion. Interview, Stuttgarter Zeitung, 30.4.2005. <http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detsil.php/916535>
11. Anjo Haase: 2010 - Die Agenda unterm Strich - 4. bis 9. Preis im Karikaturenwettbewerb, www.sozialisten.de, 14.12.2004. http://sozialisten.de/politik/hartziv_muss_weg/karikaturenwettbewerb/view_html?zid=25242
 12. Erwin Hasselmann: Geschichte der deutschen Konsumgenossenschaften, COOP-Verlag GmbH, Hamburg, 1971
 13. Magret Kennedy: Regio ergänzt Euro. Zukünfte 13, 46, 9-15, 2004
 14. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Förderung der Genossenschaften in Europa. 23.2.2004, Brüssel. http://europa.eu.int/lex/de/com/cnc/2004/com2004_0018de01.pdf
 15. Robert Kurz: Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des 'Marxismus'. <http://www.opentheory.org/keimformen/text.phtml?prt=1>
 16. Gustav Landauer: Die drei Flugblätter des Sozialistischen Bundes, in: Der Sozialist. Organ des Sozialistischen Bundes, Jg. V (1913), Nr.24, S. 185-190. <http://www.anarchismus.at/txt3/landauer6.htm>
 17. Karl Marx, Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Werke. (Karl Dietz Verlag, Berlin. Band 4, 6. Auflage 1972. http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm#ZT22
 18. Thomas Mirow: Entfremdung / Weshalb Politiker die Bürger nicht mehr erreichen. Rheinischer Merkur Nr. 32, 05.08.2004. http://www.merkur.de/archiv/neu/rm_0442/do04/deut_043202.html
 19. Henrik Müller: Baustelle Deutschland: Zu niedrige Zinsen belasten die Wirtschaft, manager-magazin, 11.03.2004. <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/mittelstand/0,2828,289395,00.html>
 20. Erik Nölting: Wirtschaftsformen gestern, heute und morgen – Nach einem auf dem 3. deutschen Genossenschaftstag in Köln am 7. September 1949 gehaltenen Vortrag. Verlag des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V., 1949.
 21. Klaus Novy, Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft - Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Berlin/Bonn, 1985. <http://www.utopie1.de/novy/>
 22. Claus Offe: Die Verteilung von Geld und Zeit. In: Kreuzberger Tauschring: AusTausch der Tauschring-Initiativen, Berlin, 1995.
 23. Dieter Petschow: Vom Sozialstaat zur Finanzdiktatur - Eine Verfassungsbeschwerde, Selbstverlag, 2004. <http://www.berndsenf.de/pdf/Petschow.pdf>.
 24. Claus Schäfer: Finanzpolitik produziert öffentliche und private Armut. In: Axel Gerntke et al.: Einkommen zum Auskommen, VSA, 2004.
 25. Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Übersetzt von Horst C. Recktenwald. dtv-Taschenbuch, 2003.